

Offener Brief betreffend Abstandsregeln zu Windindustrieanlagen

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin Angela Merkel,
Sehr geehrter Herr Wirtschaftsminister Peter Altmaier,
Sehr geehrte Frau Umweltministerin Svenja Schulze,
Sehr geehrter Herr Gesundheitsminister Jens Spahn,

Die hier unterzeichnenden Organisationen und Personen möchten eindringlich vor einem forcierten Ausbau der Windenergie warnen. Bei einer Güterabwägung über die negativen Folgen und dem Nutzen der Windenergie im Rahmen des Klimaschutzes überwiegen unseres Ermessens ganz klar die Bedenken und negativen Wirkungen.

Das Problem auf eine nicht näher definierte „fehlende Akzeptanz“ zu reduzieren und damit den sog. Windkraftgegnern eine Art naiver Abneigung gegen Windräder zu unterstellen, geht an der Realität vorbei. Diese Bürger haben so, wie die Unterzeichner dieses Schreibens, wohl begründete und sachliche Bedenken gegen den Ausbau, die von der Politik aber offenbar nicht gesehen werden oder nicht gesehen werden wollen.

- Aus medizinischer Sicht werden die gesundheitlichen Schadwirkungen der Windenergieanlagen von der Regierung massiv unterschätzt und vom UBA kleingeredet. Es ist davon auszugehen, dass bereits viele Menschen durch die Emissionen von Windenergieanlagen krank wurden. (Konkrete Angaben auf Nachfrage.) Die Dunkelziffer ist hoch. Mit dem geplanten massiven Zubau von immer leistungsstärkeren Anlagen in möglicherweise noch geringeren Abständen ist von einer explosionsartigen Zunahme von Kranken zu rechnen. Das ist verfassungsrechtlich keinesfalls hinnehmbar.
- Gleichzeitig ertragen die Menschen die Umwandlung ihrer Natur in Industrielandschaften nicht mehr. Der in unseren verbliebenen Naturräumen angerichtete Schaden ist immens. Auch hier bestehen erhebliche verfassungsrechtliche Bedenken gegenüber dieser rigorosen Unterordnung des Naturschutzes unter die sog. Klimaschutzmaßnahmen.
- Und immer mehr Fachleute warnen vor den technischen Konsequenzen und dem zunehmenden Missverhältnis von nutzbaren Anteilen des Windstroms gegenüber den explodierenden Kosten für die Bürger und Wirtschaft.

Wir können nicht umhin festzustellen, dass diese sog. Energiewendepolitik offenbar den Bezug zur Realität der Bürger unseres Landes verloren hat. Anders ist es nicht zu erklären, dass die Politik sich trotz des breiten Versagens der sog. Energiewende diese als Erfolg schönredet. Diese Unwahrheit kann nicht dauerhaft Bestand haben und schadet dem Ansehen unseres demokratischen Systems nach innen und außen. Die Hoffnung, die Menschen werden den Ausverkauf ihrer Natur, die gesundheitlichen Schäden und die zunehmende Verarmung mit der Zeit schon hinnehmen, wird nicht eintreten. Im Gegenteil spitzt sich die Situation und die politische Polarisierung von Monat zu Monat zu. Der Protest wird weiter massiv zunehmen und die Politik dafür früher oder später zur Verantwortung gezogen werden.

Es kann und darf kein „Weiter-so“ bei dem Ausbau der Windenergie geben, solange keine ehrliche Güterabwägung der dadurch ausgelösten gesundheitlichen Probleme, Schäden an der Natur und eine Kosten-Nutzenanalyse öffentlich und unter Einbeziehung aller Parteien und unabhängigen Fachleuten durchgeführt worden ist. Ziel muss ein breiter demokratischer Diskurs und Konsens in einer aufgeklärten Gesellschaft sein und nicht die zunehmende Unterdrückung kritischer Meinungen.

Februar 2020 Die Unterzeichner:

Paul-Peter Jaeger und
Dr. med. Stephan Kaula für



Wilhelm-Bohmer-Str. 21 52372 Kreuzau

Dr. med. D. Schmucker,
Professor Dr. Johannes Mayer
Dr. med. Heinz Timm
Dr. med. Albert Scheuer

Dr. med. Klaus Pankrath
Dr. med. Regine Pankrath
Prof. Dr. Lothar Staeck
Dr. med. Ulla Bellut
Dr. med. dent. Eckhard Kuck
für:

Ärzteforum Immissionsschutz Bad Orb
Prof. Dr. Lothar Meyer
Dr. med. Dorothea Fuckert
Dr. med. Manfred Fuckert

Prof. Dr. Werner Mathys
Dr. med. Burkhard Voigt
Dr. med. Andreas Matusch
Prof. Dr. Werner Roos
Dr. med. Sabine Kaus
Dipl. Ing. Jürgen Wagner
Dr. Jürgen Friesen
Regionalverband Taunus e.V.
Netzwerk Nordhessen
Windveto-Waldeck-Frankenberg